

Weltwochenschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Berner Woche**

Band (Jahr): **29 (1939)**

Heft 1

PDF erstellt am: **27.04.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Weltwochenschau

Weshopfer auf breiter Grundlage.

350 Millionen kostet unser Militär wiederum, und wir wollen froh sein, wenn diese Ausgaben uns jenen Respekt verschaffen, von dem wir annehmen, er verhindere einen Ueberfall auf unsere Grenzen, man „rechne mit uns“. Die einzelnen Posten des Budgets bezeichnen sehr deutlich, in welcher Richtung wir besonders rüsten, aber auch, woran es bisher gefehlt hat: 150 Millionen brauchen wir zum Ausbau der Flieger- und der Fliegerabwehr. Es besteht ein gewisser Vorteil darin, daß wir die Erfahrungen des Militärs in Spanien und China studieren und verwerten können, daß wir unser Geld nicht schon in veralteten Apparaten „verloht“ haben. Aber irgendwie denkt man doch an den „Reiter auf dem Bodensee“, wenn man überlegt, daß wir in der vergangenen Septemberkrise, was die Wehrrückbau in der Luft betrifft, sehr einem ungeschulten Ei geglichen haben.

Ein weiterer Posten, „Ausbau der Befestigungsanlagen“, verlangt 93 Millionen. Es handelt sich vor allem um die Grenzbefestigungen, die den Grenzschutzkompagnien als Basis für ihre Arbeit dienen sollen, damit sie eine Mobilisation im Lande selbst vor unliebsamen Ueberraschungen schützen können. „Armierter Beton für 93 Millionen“ . . . hoffentlich wird das System von Schanzen und Unterständen, von getarnten „Blockhäusern“ und sprengbereiten Minen so dicht und undurchdringlich, daß wir Vertrauen haben dürfen. Wenn alle Alpenpässe, alle wichtigen Juraübergänge, alle Zufahrtslinien zum Rhein und zum Bodensee mit einigen Staffeln bewehrter Maschinengewehrnesten und naher verfügbarer Artillerie versehen sind, können wir ruhiger schlafen.

Korpsmaterial, Materialreserven, Verstärkung der Bewaffnung, Verstärkung der Munitionsreserven kosten zusammen wieder über 90 Millionen, und die kleineren Posten, z. B. die Erstellung neuer geschützter Munitionslager, die Sicherung des Bahnbetriebes und des telephonischen Verkehrs, werden den Rest beanspruchen.

Es versteht sich von selbst, daß namentlich der Hauptposten „Befestigungsarbeiten“ Arbeit bringt und auf eine gewisse Zeit hinaus wesentlich zur Lösung des Arbeitslosenproblems beiträgt.

In diesem Zusammenhang ist die Frage der Finanzierung zu bewerten. Anleihe oder Besteuerung? Anleihen vermehren die schon an und für sich fast nicht mehr tragbare Schuldenlast. Besteuerung ist nie beliebt . . . die Kredite sind bewilligt, die Deckung muß folgen. Der Bundesrat denkt an ein „Weshopfer“, zu dem auch der letzte Bürger seine paar Franken beizutheuern hätte . . . später wird zweifellos die Krisensteuer als Wehrsteuer kommen. Wir halten diesen Weg für heilsamer als die Pumperei, weil er zur Finanzierung von Arbeit dient und Verdienst bringt, wodurch das ganze Geschäftsleben einen Stimulus erhält und die Steuern wieder einbringt. Ein Kreislauf des Geldes ohne neue „Verschuldung im Betrage des Umgesetzten“ . . . dabei Arbeit für Ungezählte . . . hier kann man schon singen: „Heil dir Helvetia!“.

Autos und Bahnen im Kriegsfall.

Im „Bund“ hat Arthur Mojonniere, Zürich ausgerechnet, daß die natürliche Zunahme des privaten Bestandes an kriegstauglichen Camions viel zu gering sei, um den Bedürfnissen der Armee gerecht zu werden. Wenigstens anderthalb Tausend Wagen fehlen; dabei wird eine durchaus nicht genügende Zahl von Reservewagen berechnet. Mojonniere redet der Subventionierung das Wort, besser der Prämierung von Käufern jener Wagen, welche die Armee im Kriegsfall requirieren würde.

Ein Argument Mojonniere scheint sofort einzuleuchten: Unsere Bahnen würden wahrscheinlich zum großen Teil gebrauchsunfähig sein . . . von Bomben zerstört. Die viel beweglichen Camions aber wären weniger leicht zu treffen und blieben unabhängiger in bezug auf die Wahl der Wege, wären auf jeden Fall nicht an bestimmte Schienenstrecken gebunden. Also Autocamions fabrizieren, schweizerische Autofabrikanten! Und Camions kaufen, große Camions, patriotische Unternehmer, damit der Staat die richtigen requirieren kann, für den Fall, vor dem uns der Himmel bewahren möge.

Aber da kommt sofort der Volkswirtschaftler und rechnet aus. Nämlich: Die Bahnsanierung wird noch weniger möglich sein als sie es bisher schon war, falls die Mahnung, Camions zu kaufen, in weitem Umfange befolgt wird! Es müßte sogar ernstlich an einen Opferschnitt gedacht werden, den man bisher überhaupt noch nicht in Betracht zog: Den Schnitt am investierten Kapital. (Bei den SBV garantiert bekanntlich der Bund . . . hier haftet der Steuerzahler!)

Die schlimme Situation, daß wir unsere „alten“ Vermögen zum Teil in den „eiserne Transportanstalten“ investiert haben, und daß neue Vermögen in leistungsfähige neue Transportmittel gesteckt werden, bevor die alten Investitionen zurückbezahlt sind, besteht jedenfalls, und der „Kampf der Kapitalien um ihre Rendite“ spielt in jede Phase der Diskussion über die landeswichtigen Transportmittel hinein. Würde dieser Kampf nicht mitspielen, die „Verkehrsteilung“ wäre längst gelungen, und die Frage, was denn eigentlich anzuschaffen sei, Camions oder Waggonen usw., könnte nach rein militärischen Gesichtspunkten gelöst werden.

In der „Nationalzeitung“ wird von offenbar bahnsympathischer oder gar bahntreuer Seite die Verwendbarkeit des Bahnnetzes in sehr interessanter Weise beleuchtet. Die Linien hinter der Front sind nicht so gefährdet, wie es die camionfreundlichen Sprecher haben wollen. Vor allem: Schienenstrecken werden leichter und rascher als Straßenstrecken repariert. Einen gewaltigen Eindruck macht auf den Laien die Gegenüberstellung der Leistungsfähigkeit: Ein Zug mit 8 Mann Begleitmannschaft transportiert soviel wie 160 Lastwagen mit über 300 Leuten! Das ist eine Ausrechnung, welche die Franzosen nach ihren Erfahrungen bei Verdun gewonnen haben, aber sie hat allgemeine Gültigkeit.

Der Schluß: Sowohl Bahnen wie Camions! Die Kapitalfrage hat sich unterzuordnen!

Ausblick ins neue Jahr.

Ein chinesischer Philosoph würde die Menschen vielleicht einteilen in bewußt Tätige, unbewußt Tätige, unbewußt Untätige und bewußt Untätige. Und er würde lehren: „Der bewußt Tätige hat in sich das Maß des Möglichen. Er wird nicht über die Grenzen des Erreichbaren hinaus streben. Der unbewußt Tätige erreicht am meisten, weil er Ziel und Maß seiner Triebkräfte nicht erkennt; auf ihn lauern aber die Gefahren des Sturzes. Der unbewußt Untätige wird von allen Wellen des Geschehens fortgespült . . . er wird immer geschoben sein und niemals wirken. Der bewußt Untätige aber steht am höchsten. Er wird allen Gefahren auszuweichen wissen und wird sich rüsten auf den günstigen Augenblick, der den Einsatz aller Kräfte lohnt . . .“

Bewerten wir die Mächte, die in der hohen Politik gebieten, dann wissen wir nicht, ob wir die Engländer des heutigen Zeitalters zu den bewußt Untätigen zählen dürfen. Sie sind im vergangenen Jahr in entscheidenden Stunden zurückgewichen, und ihre Verbündeten fürchten, sie würden zur gelegenen Zeit ebenfalls zurückweichen. Diese Furcht geht so weit, daß die Franzosen erklären müssen, jede britische Vermittlung in der französisch-italienischen

Diskussion um Tunis, Korsika oder Djibouti sei unwillkommen. Damit scheidet dieser Gegenstand aus der Traktandenliste des bevorstehenden Chamberlain'schen Rom-besuches, den selbst die britischen Konservativen beargwöhnen.

Man muß nur fragen, was zwischen den zwei ungleichen Staatsmännern überhaupt besprochen werde solle. Vielleicht die Vermittlung in Spanien, die Italien den Aufwand neuer Opfer ersparen und Franco zu einem glimpflichen Ende seines Abenteuers, zu einem Ende, das nach einem Erfolg aussieht, verhelfen soll? Soviel man gegenwärtig sieht, bringt die Offensive in Katalonien nicht den katastrophalen Durchbruch nach der Küste; die Aktion stößt sich fest, und muß einige Kilometer östlich der bisherigen Linien in opferreichen Grabenkämpfen verhanden. Wenn die Katalanen mit ihren Gegenangriffen den Geländeverlust wieder aufholen, dann muß von einem Mißerfolg gesprochen werden. Die weiter und weiter gezogene Affäre schreit sozusagen nach einer Vermittlung.

Von Berlin aus vernahm man Stimmen, die eine neue „Viermännerkonferenz“ vorschlugen. Immerhin müßten die Vier ein Traktandum vor sich haben, das schon entschieden wäre . . . Berlin und Rom hofften mit großer Wahrscheinlichkeit darauf, daß ihnen Franco das „fait accompli“ liefern werde. Siegt er nicht, dann hängt der „Viererplan“ in der Luft. Es ist aber immerhin wichtig, zu wissen, wie sich Berlin das Raß- und Mauspiel mit Frankreich vorstellt . . . immer mit einem noch nicht „befehrten“ oder pro-fascistischen Frankreich. Es ist wieder eine Berliner Stimme, die das verkündet: Die Weigerung Frankreichs, auch nur einen Roll Bodens an Italien abzutreten, wird verglichen mit der Härte der Tschechen zu Beginn der Sudetenkrise.

Auch die Tschechen hätten sich völlig taub gestellt und keinerlei Konzessionen machen wollen. Und das Ende sei die Zuspikung des Konfliktes bis an den Rand des Weltkrieges und schließlich die Katastrophe des Prager Systems gewesen. Genau so werde Frankreich in die Klemme kommen. Das Propagandaministerium des Dr. Goebbels liefert Rom Argumente: In Djibouti herrsche „französische Unordnung“ . . . dieser Hafen, für den abessinischen Besitz Italiens von grundlegender Bedeutung, müßte den Bedürfnissen Italiens gemäß regiert werden. Freilich, mit Argumenten allein ist Rom nicht gedient. Es müßten andere Hilfsmittel anacboten werden. Und wenn uns nicht alles täuscht, wird Deutschland sie schuldig bleiben. Ihm genügt vollkommen, den Affenpartner mit Frankreich in eine Diskussion zu verwickeln, und je heftiger sie wird, desto sicherer fühlt sich das Dritte Reich im Westen. Eine „Lösung“ wird verfrüht sein, solange die „Bäume im Osten“ nicht geschüttelt sind.

Wir gehen also mit der Aussicht auf eine äuerst lanawierige und für Mussolini sehr lanaweilige Ränkerey zwischen Italien und Frankreich ins neue Jahr: das Lanaweiliaste für den Duce besteht darin, daß ihn die deutschen Verbündeten zwar heken, aber nicht entscheidend unterstützen. Am Richte dieser „Affenpolitik“ erscheint es alaubwürdig, wenn die Propheten von kommenden innern Schwierigkeiten Italiens sprechen. Ja soaar alaubwürdig, wenn von einer Versuchung gesprochen wird, das ganze Steuer der Außenpolitik radikal herumzuwerfen. Die ganze Last der „fascistischen Weltpolitik“ wird das schwächere Italien auf die Dauer nicht traagen können. Ob Chamberlain, hinter welchem schon sein mutmaßlicher Nachfolger Eden oder Lord Simon auftauchen, am Ende nach Rom geht, um diese Belastung Roms durch Berlin auszunützen?

Daß auch andere Kräfte am Werk sind, um zwischen die beiden Diktatoren Keile zu treiben, beweist eine Verlautbarung von päpstlicher Seite: Die „Gottlosenbewegung“ werde sowohl von bolschewistischer wie von nationalsozialistischer Seite getragen. Aber die Nazis seien gefährlicher, weil sie, anders als die Russen, einen Religionserfab böten!

Das geht an das katholische Italien Mussolinis und ist eine Meueuerung von Kreisen, die wir gewiß zu jenen zählen dürfen, die „bewußt untätig“ handeln.

Ferner Osten und deutscher Ostplan.

Soll der „Antikominternpakt“ seinen Sinn haben, dann muß zu gleicher Zeit der deutsche und der japanische Aufmarsch gegen die Russen vollendet sein. Das scheint eine ganz selbstverständliche Ueberlegung zu sein, und auch wenn die beiden Angriffs-lustigen ihre Spiele nicht völlig gleichgeschaltet haben, werden sie alle Schritte des Partners als Anlaß für eigene entsprechende Maßnahmen betrachten.

Der vorläufige japanische Sieg über das China Tschankaischecks mußte die deutsche Reichswehr in Bewegung bringen; umgekehrt müssen die Japaner Morgenluft wittern, seit der Plan Hitlers, eine Aufmarschlinie gegen die Russen zu gewinnen, Gestalt angenommen. Diese Zusammenarbeit über den größten Kontinent hinweg ist gigantisch in ihrem Ausmaß . . . ist aber zugleich abenteuerlich und hat allerlei dilettantische Voraussetzungen als Grundlage.

Wenn die Deutschen der Ansicht sind, Japan sei bereits „Herr in China“ und wirklich für den russischen Krieg schlagbereit, dann beweisen die japanischen Friedensvorschlüge an China allerhand anderes. Japan verspricht die militärische Räumung Chinas bis auf einige Garnisonen „zur Bekämpfung des Kommunismus“. China hätte eine „angemessene“ Kriegsentschädigung zu bezahlen, die Existenz des Mandschukuo anzuerkennen und dem Antikominternpakt beizutreten. Das bedeutet halb und halb: Am Kriege gegen den Kommunismus teilzunehmen. Als Röder wird den Chinesen die Aufhebung aller europäischen und amerikanischen Privilegien in ihrem Gebiete versprochen. Das japanische Angebot behandelt Tschankaischeck nicht mehr als „verdächtiges Element“ . . . ja, er soll nicht einmal mehr endgültig verschwinden, sondern nur nach berühmten Mustern ein wenig in die Ferien gehen und dann wiederkommen dürfen.

Ein solcher Vorschlag der kaiserlichen Regierung in Tokio, die diesmal verantwortlich spricht und von keinen Generälen behindert wird, verrät die Situation sehr deutlich. China ist nicht besiegt. Tokio gibt das unausgesprochen zu. Und macht sich Hoffnungen, die Armee „für das nächste Geschäft“ freizubekommen. Vermutlich haben die Generäle sogar zuerst an das Geschäft gedacht. Verschiedene Divisionen sind aus den Nordprovinzen an die russische Grenze abmarschiert. In Kanton haben sich die Anariffstruppen, die zuerst eine Offensive in den Rücken der chinesischen Front südlich Hankau ausführen sollten, auf einen innern Verteidigungsring zurückgezogen. Anzeichen dafür, daß wirklich daran gedacht wird, sich von China zu lösen. Aber es existiert einer, der das begriffen hat und die Lösung gerade deshalb nicht erlauben will, weil er weiß, daß die Generäle des Mikado an ein zweites Abenteuer denken: Tschankaischeck. Er lehnt die japanischen Angebote scharf ab.

Denn auch er weiß, was es heißt, wenn im fernen westlichen Memel der Landtag auf Hitler vereidigt wird, wenn zwischen Kaunas und Berlin Bündnisverhandlungen schweben, wenn in Chust die karpato-russische, „ukrainische“ SM als Kerntuppe der ukrainischen Revolutionsarmee formiert wird, und wenn in Lemberg der „Nationalparteitag“ der polnischen Ukrainer nochmals feierlich die Autonomieforderung erhebt. Er wertet diese Erscheinungen richtig als Symptome einer Verwicklung, welche die Russen plötzlich vor die Aufgabe des Zweifrontenkrieges stellen und aus der bisherigen Passivität hinaus treiben könnte. Für diesen Fall hofft der chinesische Napoleon mit seiner nicht vernichteten Armee zur Stelle zu sein.

—an—